

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Wissenschaft und Forschung

8. Sitzung
20. Juni 2022

Beginn: 09.32 Uhr
Schluss: 12.09 Uhr
Vorsitz: Franziska Brychey (LINKE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatsverwaltung

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung

- a) Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/0310
Gesetz zur Fortschreibung des Berliner Hochschulrechts [0042](#)
WissForsch(f)
Recht
- b) Antrag der AfD-Fraktion
Drucksache 19/0217
Gesetz zur Wiederherstellung der Grundgesetzkonformität des Berliner Hochschulrechts und zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses [0036](#)
WissForsch
- c) Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP
Drucksache 19/0167
Sechzehntes Gesetz zur Änderung des Berliner Hochschulgesetzes – Rückkehr zur Freiheit der Wissenschaft bei der Übernahme von promovierten wissenschaftlichen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen [0037](#)
WissForsch

hierzu: Auswertung der Anhörung vom 16.05.2022

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzende Franziska Brychcy: Wir kommen zu

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Die Situation der vor dem Krieg in Europa geflüchteten Studierenden und Wissenschaftler*innen in Berlin und im Bund [0041](#)
WissForsch
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

Hierzu: Anhörung

Ich begrüße hierzu unsere Anzuhörenden, die hier im Raum und auch zugeschaltet sind. Hier im Raum vor Ort sind Frau Petra Mai-Hartung, Geschäftsführerin des Studierendenwerks Berlin, und Herr Danylo Poliluev-Schmidt von der Allianz ukrainischer Organisationen. – Herzlich willkommen! Digital zugeschaltet sind Frau Staatssekretärin Kornelia Haugg vom Bundesministerium für Bildung und Forschung – herzlich willkommen! – und Herr Dr. Herbert Grieshop, Leiter der Abteilung Internationales an der FU Berlin. Ich stelle kurz fest, dass auch Sie mit dem Vorgehen, insbesondere den Live-Übertragungen und den Bild-

und Tonaufnahmen einverstanden sind. – Vielen Dank! Ich gehe davon aus, dass die Anfertigung eines Wortprotokolls gewünscht wird. – Das ist der Fall, das sehe ich hier durch Nicken. Möchte ein Vertreter der Koalitionsfraktionen den Besprechungsbedarf zu Tagesordnungspunkt 3 begründen? – Herr Schulze, bitte!

Tobias Schulze (LINKE): Ganz kurz von unserer Seite vielen Dank, dass Sie alle da sind! Schön, dass Sie die Zeit gefunden haben. Nach mittlerweile, ich glaube, 117 Tagen Krieg haben wir in Berlin doch viele Erfahrungen mit der Aufnahme von Menschen aus der Ukraine in unserer Stadt gemacht. Wir wissen auch, dass sich die Hoffnungen zerschlagen haben, dass der Krieg möglichst schnell vorbeigeht. Wir wissen, dass viele Menschen in unserer Stadt vorerst bleiben und Schutz suchen und finden werden, und dass sie sich ein Leben einrichten, inklusive ihrer Ausbildungs- und Tätigkeitsmöglichkeiten. Dazu gehören auch die Hochschulen.

Mit der Massenzustromsrichtlinie gab es viele Verbesserungen für geflüchtete Menschen in unserer Stadt, was beispielsweise den Regelungskreis, aber auch den Zugang zu öffentlichen Einrichtungen angeht. Wir als Koalition haben den Tagesordnungspunkt aufgesetzt, damit wir erfahren können, welche Probleme Sie bei der Aufnahme an den Hochschulen sehen, welche sozialen Probleme Sie bei der Frage, wie man wohnt und wie man seinen Lebensunterhalt sichert, sehen, aber auch welche Arbeitsmöglichkeiten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die aus der Ukraine zu uns gekommen sind, haben, um hier weiter arbeiten und wissenschaftlich tätig sein zu können. Wie bei jeder Anhörung wünschen wir uns, dass Sie Wünsche an die Politik äußern, was wir besser machen können und wo wir eventuell Dinge aus dem Weg schaffen können, um die Ausbildung und Arbeitsmöglichkeiten für Studierende und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu sichern. Insofern freuen wir uns auf Ihre Ausführungen! – Danke schön!

Vorsitzende Franziska Brychey: Vielen Dank für die Begründung! – Dann hat jetzt der Senat die Möglichkeit zur Stellungnahme, und dann kommen wir gleich zur Anhörung.

Senatorin Ulrike Gote (SenWGPG): Vielen Dank! – Ich möchte die Zeit tatsächlich nutzen, hier eine kurze Stellungnahme vorab zu machen, weil, seitdem ich das letzte Mal berichtet habe, einige Details dazugekommen sind. Ich glaube, dass es der Anhörung gut tut, wenn wir von diesem Sachstand aus weiter diskutieren und schauen, was darüber hinaus zu tun ist. Wir stehen in sehr enger Abstimmung und Zusammenarbeit mit den Berliner Hochschulen und dem Studierendenwerk, um die Situation der vor dem Krieg in Europa geflüchteten Studierenden und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu verbessern.

Grundsätzlich können Geflüchtete unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit unter den gleichen Voraussetzungen ein Fachstudium aufnehmen wie andere Studienbewerberinnen und -bewerber mit ausländischen Schulabschlusszeugnissen. Wir stellen den Berliner Hochschulen bereits seit Jahren über das Gesamtkonzept zur Integration und Partizipation jährlich 780 000 Euro bereit. In Rahmen dessen setzen die Hochschulen zahlreiche Maßnahmen eigenständig um, die jetzt auch den Geflüchteten aus der Ukraine zugutekommen. Die studieninteressierten Geflüchteten können seit Jahren kostenlos an den Sprachkursen und studienvorbereitenden Maßnahmen an den Hochschulen teilnehmen. Sie werden außerdem vom Studierendenwerk Berlin und den Berliner Hochschulen umfassend unterstützt und in mehreren Sprachen, selbstverständlich jetzt auch in Ukrainisch, beraten.

Zusätzlich dazu wurde in Zusammenarbeit mit dem Studierendenwerk der Ukraine-Zuschuss eingerichtet, für den das Land Berlin dem Studierendenwerk bis zu 200 000 Euro zusätzlich zur Verfügung stellt. Hierüber können Studierende und Studienanfängerinnen und -anfänger, die erstmals eine Zulassung an einer Berliner Hochschule erhalten haben, einen Zuschuss von 1 000 Euro als Unterstützung zur Studienaufnahme erhalten und die Zahlung des Semesterbeitrags, Anschaffungen für Technik und Erstausrüstungen sowie Materialien bestreiten. Bisher haben elf Studierende einen Antrag gestellt; das ist der Stand vom 2. Juni.

Ferner wurden im Rahmen einer Abfrage an den Berliner Hochschulen am 25. April die Bedarfe sowie die Herausforderungen identifiziert, die als Grundlage für das weitere Verfahren dienen. So haben einige Berliner Hochschulen neben den vielen bereits bestehenden Programmen und Angeboten für Geflüchtete, spezielle Maßnahmen für Geflüchtete aus der Ukraine umgesetzt oder geplant, dazu zählen zum Beispiel insbesondere Gaststudienprogramme. Als Beispiel nenne ich das von der Hochschule für Wirtschaft und Recht, da haben sich 40 Studierende immatrikuliert, aber die Berliner Hochschulen haben auch schon studienvorbereitende Informationsveranstaltungen, Beratungs- und Mentoringprogramme sowie einen kurzfristigen Ausbau des studienvorbereitenden Sprachkursportfolios auf den Weg gebracht. Darüber hinaus haben wir den Hochschulen eine Vorlage zum Erlass von Verwaltungsgebühren zur Verfügung gestellt.

Es wurde eine Arbeitsgruppe zu Studierenden aus Drittstaaten eingerichtet. Im Rahmen dieser senatsübergreifenden Zusammenarbeit wird derzeit geprüft, inwieweit auch internationale Studierende aus Drittstaaten unterstützt werden können. Gegenüber dem Bund wurden die Forderung nach der Verlängerung der Ukraine-Aufenthaltsübergangsverordnung sowie der Weiterförderung und dem Ausbau ihrer Programme und Maßnahmen platziert. Ich denke, insbesondere bei den Drittstaatlern müssen wir hinschauen, wie wir das langfristiger sichern können.

In der letzten Sitzung der Amtschefkommission wurde berichtet, dass die Mittel des DAAD im Haushalt des Bundes auf 27 Millionen Euro aufgestockt werden, um weitere Programme zur Unterstützung der Hochschulen und der Geflüchteten an Hochschulen fortzuführen. Trotz der Gespräche mit dem DAAD auf unterschiedlichen Ebenen gibt es jedoch noch keine konkrete Aussage, welche Angebote davon in welcher Höhe weitergefördert werden. Ich denke, was der Bund tut, werden wir gleich von der Staatssekretärin besser hören. Insofern lasse ich das jetzt weg.

Ich sage noch einen Satz zum Aufbau der Informations- und Koordinierungsstelle beim Studierendenwerk. Diese ist bereits angelaufen und soll zum Wintersemester 2022/23 voll funktionsfähig sein. Hierfür wird nach aktuellem Stand von Kosten in Höhe von 110 000 Euro ausgegangen. – So weit als Einstieg von mir!

Vorsitzende Franziska Brychcy: Vielen Dank! – Dann kommen wir jetzt zur Anhörung, und im Anschluss an die Eingangsstatements – wir hatten ungefähr fünf Minuten pro Anzuhörenden avisiert – besteht die Möglichkeit, dass die Abgeordneten Fragen stellen, und dann haben Sie wieder die Möglichkeit, darauf zu antworten. Wir würden mit Frau Staatssekretärin Haugg beginnen, damit wir die Bundesebene zuerst hören, dann mit Frau Mai-Hartung fortsetzen, dann mit Herrn Poliluev-Schmidt und Herrn Dr. Grieshop, wenn das für Sie so in Ordnung ist. Ich sehe Nicken, wunderbar! – Frau Staatssekretärin, Sie haben das Wort.

Kornelia Haugg (Staatssekretärin Bundesministerium für Bildung und Forschung – BMBF–) [zugeschaltet]: Frau Vorsitzende, ganz herzlichen Dank! – Ich hoffe, dass ich für Sie gut zu verstehen bin. Ich bin das erste Mal in meinem Leben im Abgeordnetenhaus von Berlin. Ich hoffe, dass ich mit Ihren Gepflogenheiten entsprechend gebühlich umgehe, ansonsten geben Sie mir bitte Hinweise zum guten Benehmen, wenn es nötig sein sollte.

Ich mache eine kleine Vorbemerkung. Es ist Ihnen sicherlich bewusst, dass wir im Bereich der Hochschulen und der Studierenden unterschiedlichste Verantwortungen haben. Wir haben die Selbstverwaltung der Hochschulen, die Autonomie der Hochschulen, wir haben die Landeszuständigkeit, und wir haben den Bund als Partner in diesem Zusammenspiel. Ich möchte mich zu Beginn ganz herzlich bei Frau Senatorin Gote und auch bei den anwesenden Vertreterinnen und Vertretern aus den Hochschulen für das extrem gute Zusammenspiel bedanken, das wir hatten und haben. Wir haben in der Bundesrepublik Deutschland gemeinsam mit den Wissenschafts- und Hochschulorganisationen sehr schnell eine Positionierung, eine Haltung, entwickelt, wie wir mit diesem Krieg und seinen Folgen umgehen. Das war insgesamt extrem hilfreich. Wir haben sehr schnell Kooperationsstrukturen gefunden und gemeinsam die Dinge gut angepackt, die notwendig sind.

Was macht das BMBF? – Ich glaube, auf der Wegstrecke, die wir hinter und noch vor uns haben werden, ist die Öffnung des BAföG ein wichtiger Schritt gewesen. Ab dem Moment, in dem die Öffnung des SGB II erfolgt ist, haben wir auch für die Studierenden das BAföG geöffnet. Das gibt Rechtssicherheit, das gibt die entsprechende notwendige Unterstützung. Wir haben dank des DAAD und der Unterstützung aller Beteiligten sehr rasch die sogenannte Nationale Akademische Kontaktstelle Ukraine eingerichtet. Das ist eine Anlaufstelle für Studierende, aber auch für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, zum einen, um zu wissen, was es für Unterstützungsangebote gibt, zum anderen aber auch, wenn es um die Frage geht, wo ich Stellen im Wissenschaftssystem finde, auch das ist uns wichtig – also eine große und breite Informations- und Kontaktstelle.

Wie Frau Senatorin Gote schon angesprochen hatte, nutzen wir den DAAD für die Unterstützung der Studierenden an den Hochschulen. Wir haben aufgrund der Flüchtlingswelle aus dem Jahr 2015 und den darauffolgenden Jahren entsprechende Erfahrungen, welche Programme gut funktionieren, wie man am besten ansetzt. Wir haben mit dem DAAD zusammen diese Programme schnell hochgefahren, schneiden sie auf die neue Zielgruppe zu und werden sie auch im Jahr 2023 – ich sage mal – bedarfsgerecht an das, was notwendig ist, anpassen. Es kam in den einführenden Worten zum Ausdruck, dass niemand von uns weiß, wie es sich entwickeln wird und wie viele, gerade von den Studierenden, unbedingt in ihr Heimatland zurückgehen wollen und wie viele dableiben wollen. Im Moment kann niemand verlässliche Prognosen stellen. Wir haben außerdem den digitalen Campus genutzt, den wir sowieso schon fördern, und entsprechend ein bisschen nachjustiert, damit die geflüchteten Studierenden auch Angebote haben, die es ihnen im Prinzip ermöglichen, ihre Studien an ihren Heimatuniversitäten fortzusetzen, und das in Kooperation mit deutschen Hochschulen. Ich glaube, das ist ein gutes und wichtiges Element.

Die außeruniversitären Forschungseinrichtungen haben wir mit an Bord, wenn es um Hilfsangebote für Studierende, aber insbesondere für Forschende, geht. Vielleicht noch eine kleine Bemerkung: Bei den Forschenden haben wir nicht nur Ukrainerinnen und Ukrainer im Blick,

sondern sehr wohl auch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Russland, die ihr Land verlassen, weil sie sich mit der Politik ihres Landes nicht einverstanden erklären können.

Ein Stichwort fiel bei Ihnen vorhin auch schon, wie ich wahrgenommen habe, nämlich das Thema Studierende aus Drittstaaten. Das wird sicherlich in der Diskussion gleich noch einmal eine Rolle spielen. Da hat sich der Bund nicht in der Lage gesehen, für diese Gruppe generell und grundsätzlich das BAföG zu öffnen. Da würden wir enorme Probleme der Gleichbehandlung mit anderen Studierenden aus anderen Regionen der Welt sehen. Deswegen ist das für uns kein Weg, aber wir haben uns aktiv bemüht, Stiftungen an Bord zu holen. Wir haben uns an den Stifterverband und an den Bundesverband der deutschen Stiftungen gewandt, die im Moment dabei sind, sehr aktiv ihre Partner in ihren Verbänden anzusprechen. Da zeichnet es sich ab, dass das gute Möglichkeiten sind, mit einer sehr fallbezogenen und sehr konkreten Unterstützung vor Ort auch diesen Menschen zu helfen.

Zum Schluss meiner Einführung: Was in der Kooperation mit der Ukraine für unsere Partner dort ein sehr wichtiges Thema ist, sind die sogenannten Multifachtests. Das ist das Abnehmen der Prüfungen bei Schulabsolventen und -absolventinnen, die ihnen dann die Möglichkeit eröffnen, an ukrainischen Hochschulen zu studieren. Dank der Hochschulrektorenkonferenz ist es gelungen, an sechs Standorten in Deutschland diese Tests durchzuführen. In Berlin hat sich die Humboldt-Universität Berlin bereiterklärt, das zu übernehmen. An der Stelle noch einmal herzlichen Dank! Das scheint in der Kooperation auch sehr gut zu laufen. Die direkten Absprachen erfolgen direkt zwischen den Hochschulen und dem Testzentrum in der Ukraine. – Das sind die Punkte zum Einstieg in aller Kürze, die aus unserer Sicht wichtig sind. Ich stehe für Rückfragen natürlich zur Verfügung!

Vorsitzende Franziska Brychey: Vielen herzlichen Dank, Frau Staatssekretärin! – Wir setzen mit Frau Mai-Hartung fort.

Petra Mai-Hartung (Studierendenwerk Berlin): Guten Morgen und vielen Dank für die Einladung! Vielen Dank für die Einbindung der Perspektive des Studierendenwerks Berlin! – Ich habe vorbereitet, wie wir die Situation bei uns wahrnehmen, was wir bis jetzt unternommen haben, wie wir die weitere Entwicklung einschätzen und was aus unserer Sicht nötig wäre. Ich hoffe, ich schaffe es in fünf Minuten. Vorweg möchte ich sagen, dass wir nicht zwischen den Nationalitäten, ob ukrainische oder russische Studierende, differenzieren und wir auch nicht zwischen denjenigen, die gerade geflüchtet sind, und denen, die schon bei uns in Berlin immatrikuliert sind, differenzieren. Ich denke, Sie wissen, dass sehr viele der in Deutschland studierenden ukrainischen und russischen Studierenden in Berlin studieren, und die sind auch vom Krieg betroffen. Ich kann noch ergänzen, dass auch in unseren Wohnheimen ein Großteil der russischer und ukrainischer Studierenden wohnt.

Wie nehmen wir die Situation mit den Kriegsfolgen bei uns in der Beratung, bei der Nachfrage unserer sozialen Dienstleistungen wahr? – Ich fange mit der Sozialberatung und Fragen der Studienfinanzierung an. Seit Ausbruch des Krieges wurden bei uns 218 vom Krieg betroffene Studierende in der Sozialberatung beraten. Von diesen 218 haben wir alleine in den letzten sechs Wochen 138 Beratungen durchgeführt. Die Nachfrage steigt dynamisch. Wir fragen seit Mai konkreter nach Status der Anfragenden und auch nach Herkunft und können sagen, dass mehr als die Hälfte der Anfragenden in Berlin immatrikuliert sind. Wir gehen davon aus, dass sie in der Regel vor dem Krieg nach Berlin gekommen sind. Der Anteil der Geflüchteten liegt

bei über einem Viertel. Die Beratungen finden überwiegend in Präsenz statt. Die Studierenden sind hier in der Stadt.

Die Anzahl der Beratungen von Personen, die vom Krieg betroffen sind, macht inzwischen rund 15 Prozent unserer Gesamtberatung aus. Das liegt vor allem daran, dass eine Beratung in der Regel viel länger dauert als die Beratung eines Studierenden, der in Ruhe seine Entscheidung getroffen hat, in Berlin ein Studium aufzunehmen, und zwar 1,5 Stunden. Diese umfassende Beratung ist notwendig, da diese Personen in der Regel überhaupt keine Vorstellungen vom Hochschulsystem in Deutschland haben, geschweige denn von den möglichen sozialen Unterstützungsleistungen, wie man die Studienfinanzierung finanziert, usw. Das heißt, unsere Arbeit besteht zum Großteil daraus, Orientierung zu geben und die individuellen Anliegen der Person zu verstehen. Das liegt nicht an den Sprachbarrieren; die zu uns kommenden Studierenden sprechen Deutsch oder Englisch.

Weitere Themen in unseren Beratungen sind das BAföG, Hilfen des Studierendenwerks, Wohnraumsuche, vor allen Dingen Hochschulwahl, Fortsetzung des Studiums in Deutschland, Fragen um den Aufenthaltsstatus, zum Erreichen der Hochschulzugangsberechtigung, Sprachkurse, Mitglied sein im Studienkolleg und die Anerkennung der bisherigen Studienleistung. Viele Fragen also, insbesondere zu denen zum Aufenthaltsstatus und Studiengängen kann das Studierendenwerk keine tiefere Auskunft geben, und wir verweisen dann zum Beispiel auf die Beratungsstellen an den Hochschulen.

In dem Zusammenhang ist es für uns schwierig, wenn zum Beispiel von den Jobcentern widersprüchliche Aussagen in Bezug auf den Empfang auf Leistungen und/oder BAföG getätigt werden. Das sorgt immer für zusätzliche Verwirrung und Komplexität. Ab und zu gibt es den Aufruf, BAföG zu beantragen, aber wenn die Studierenden noch gar nicht in Deutschland immatrikuliert sind und online in der Ukraine weiterstudieren, geht das gar nicht. Auch die unterschiedlichen Herangehensweisen der Hochschulen zur Immatrikulation der Person als Gasthörer/Gaststudierende oder in Sonderprogrammen macht es selbst unseren Beraterinnen schwer, den Überblick zu behalten und vor allem informiert zu bleiben. Deshalb brauchen diese Gespräche viel länger. Normalerweise dauert ein Beratungsgespräch bei uns 30 Minuten, hier dauert es 90 Minuten. In den Gesprächen wird deutlich, dass die Ratsuchenden durch das Schicksal in Berlin angekommen sind. Das sind Menschen, die oft stark getrieben sind, ins Handeln zu kommen. Das ist für Personen mit Fluchterfahrung bzw. Kriegstraumata überhaupt nicht ungewöhnlich. Sie möchten halt aktiv etwas tun, um ihre Situation zu verbessern.

Damit sind wir bei den psychologischen Belastung und der psychologischen Beratung: In der psychologischen Beratung des Studierendenwerks sind alle bereits in der Beratung Befindlichen aus der Ukraine und viele aus Russland mit dem Krieg belastet, zum Teil sehr schwer und sehr gravierend. Es sind aber in der Regel Studierende, die bereits in Berlin immatrikuliert sind. Auch andere Nationalitäten mit Fluchterfahrungen aus anderen Kriegen werden zum Teil wieder mit ihren Kriegstraumata konfrontiert. Aus der Erfahrung im Umgang mit den Geflüchteten aus Syrien wissen wir, dass sich Kriegs- und Fluchttraumata häufig erst mit mehreren Jahren Abstand manifestieren. Daher brauchen wir hier eine langfristige Planung zum Auffangen der Studierenden.

In den Kindertagesstätten haben wir bis jetzt drei Kinder mit Fluchtgeschichte – zwei aus der Ukraine und ein russisches Kind. Wir könnten deutlich mehr Kinder aufnehmen, aber die Nachfragen scheitern daran, dass die Nachfragenden keinen Hochschulbezug haben und häufig nur Teilzeitgutscheine bekommen. Teilzeitgutscheine sind für eine Kitafinanzierung schwierig, und davon haben wir im Moment sehr viele, weil Studierende während der Corona-Pandemie auch nur Teilzeitgutscheine bekommen haben.

Im BAföG – wir haben es gerade gehört – ist die Förderung von ukrainischen Studierenden grundsätzlich möglich und erlaubt. Bis jetzt haben wir noch keine Anträge auf BAföG bekommen. Da die Antragsstellen im Verfahren die gleichen Unterlagen wie Personen aus Deutschland brauchen, schätzen wir die Hürde für eine Billigung hoch ein, da wir denken, dass sie diese Unterlagen häufig nicht vorlegen oder wir sie nicht verwenden können.

In den Wohnheimen ist die Anzahl der ukrainischen Studierenden leicht gestiegen – von 140 auf 160. Auch bei den russischen Studierenden haben wir eine Steigerung von 230 auf 261. Acht ukrainische Studierende nutzen bei uns das Angebot, zusätzliche Mieter bei sich unterzubringen, also als Zweibettbelegung. Das nutzt bisher nur eine russische Person. Im Augenblick haben wir keine Konfliktfälle zwischen den Nationalitäten. Das hören wir aus anderen Studierendenwerken in Deutschland, dass ukrainische und russische Studierende nicht mehr so gut zusammen wohnen können. Das haben wir bei uns noch nicht wahrnehmen können.

Was haben wir bis jetzt unternommen, was machen wir? – Im Land Berlin sind wir über den Runden Tisch im regelmäßigen Austausch mit der Wissenschaftsverwaltung und bundesweit mit unserem Verband dem Deutschen Studierendenwerk. Die Information haben wir schon gehört: Wir informieren auf unserer Website auch auf Ukrainisch und Russisch. Wir bieten Beratungen an, auch online und per Video, sodass sich studierende Ukrainer bei uns beraten lassen können, wenn sie gerne in Berlin studieren wollen, dass sie sich darauf vorbereiten können. Wir haben normalerweise immer einen Notfonds. Auch wenn kein Krieg ist, Not ist immer. Bis jetzt haben 20 vom Krieg betroffene Studierende Geld aus dem Notfonds beantragt und 16 haben wir bewilligt. Sieben davon sind aus der Ukraine und neun aus Russland. Dann haben wir den Fonds – das hat Frau Senatorin Gote schon erwähnt – zur finanziellen Unterstützung der vom Krieg betroffenen Studierenden und Studieninteressierten. Wir haben unsere Wohnheimtutoren sensibilisiert, dass sie in den Wohnheimen achtgeben, dass sie entsprechend geschult und rechtzeitig die Beratungsstellen einbinden, falls es doch zu Problemen kommen sollte. Wir entwickeln gemeinsam mit der Wissenschaftsverwaltung – auch das hat die Senatorin schon erwähnt – ein Konzept für eine Koordinierungsstelle.

Wie schätzen wir die weitere Entwicklung ein? – Wir gehen von einer absolut steigenden Nachfrage aus. Wenn der Krieg weiter andauert und immer mehr Studierende kommen und sich die Hochschulen ein bisschen mit der Immatrikulation eingegroovt haben – das ist immer die Voraussetzung für die Inanspruchnahme der Dienstleistungen des Studierendenwerks Berlin –, dann wird die Nachfrage erheblich steigen, sowohl was die Beratung und die Studienfinanzierung als auch die psychologische Betreuung angeht. Deshalb sehen wir auch die Koordinationsstelle als überaus wichtig an. Das wäre letztlich auch eine Entlastung für die Beraterinnen sowohl im Studierendenwerk als auch bei den Hochschulen, wenn man sich bündelt und sich dort für die Studierenden konzentriert sichtbar macht, die dann auch nicht von einer Stätte zur anderen weitergeleitet werden. Da ist es wichtig, dass die Hochschulen mitmachen und wir das Konzept gemeinsam erarbeiten, sodass wir im Wintersemester starten

können. Insgesamt nehmen wir wahr, dass die Nachfrage nach Sprachkursen immens hoch ist. – Das wäre es. Danke!

Vorsitzende Franziska Brychcy: Vielen lieben Dank! – Dann setzen wir gleich mit Herrn Danylo Poliluev-Schmidt fort. – Sie haben das Wort.

Danylo Poliluev-Schmidt (Allianz ukrainischer Organisationen): Guten Tag! Sehr geehrte Frau Ausschussvorsitzende! Sehr geehrte Frau Staatssekretärin! Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrte Vertreter der Senatsverwaltung! Sehr geehrte Zuhörer! Vielen Dank für die Einladung, heute hier zu sein und zu Ihnen zu sprechen. Mein Name ist Poliluev-Schmidt, und ich bin hier als Repräsentant der Allianz ukrainischer Organisationen und IWEK e.V. Berlin und als Ukrainer, der seit drei Jahren in der Bundesrepublik Deutschland lebt und studiert. Heute bin ich eingeladen, über eine besondere Gruppe zu sprechen: geflüchtete Studierende und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler.

Einige Eckdaten

**Allianz
Ukrainischer
Organisationen**



- Berlin: Migrationsanteil steigt auf 36,6 Prozent (berliner-zeitung.de)
811.000 sind Ausländer. [1-7,11]
- 70.000 Kriegsgeflüchtete aus der Ukraine haben sich bereits in Berlin registriert [8]
- Zwei Wochen nach Beginn des flächendeckenden russischen Krieges waren bereits schätzungsweise 4.000-6.000 Wissenschaftler*innen aus der Ukraine geflohen [9-10]
- Viele Umgebungen ändern sich schnell, so dass sie nicht systematisch überwacht werden

Es stellen sich bei diesem Thema drei Fragen: Was wollen und was brauchen Geflüchtete Studierende und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler? Was erfahren wir als Wissenschafts- und Universitäts-AG der Allianz ukrainischer Organisationen? Welche Angebote bekommen die geflüchteten Studierenden aktuell in Berlin und im Bund, und welche weiteren Maßnahmen sind im Moment besonders wichtig? Ich will heute über diese drei wichtigen Fragen sprechen, basierend auf den Erfahrungen der Wissenschafts-AG und offenen Quellen. Viele Umgebungen und Probleme ändern sich sehr schnell, sodass sie nicht systematisch überwacht werden.

Einige Eckdaten

Allianz
Ukrainischer
Organisationen

IWEK

- Berlin: Migrationsanteil steigt auf 36,6 Prozent (berliner-zeitung.de)
811.000 sind Ausländer. [1-7,11]
- 70.000 Kriegsgeflüchtete aus der Ukraine haben sich bereits in Berlin registriert [8]
- Zwei Wochen nach Beginn des flächendeckenden russischen Krieges waren bereits schätzungsweise 4.000-6.000 Wissenschaftler*innen aus der Ukraine geflohen [9-10]
- Viele Umgebungen ändern sich schnell, so dass sie nicht systematisch überwacht werden

Ich bin auch sehr erfreut, dass wir uns heute getroffen haben, denn der 20. Juni ist der Weltflüchtlingstag. In den letzten zehn Jahren mussten Millionen Menschen aufgrund von Kriegen ihre Heimat und ihr Heimatland verlassen, ich zum Beispiel auch. Einige der Geflüchteten haben in Deutschland, in Berlin, eine neue Heimat gefunden, wo sie sich niederlassen und neue Möglichkeiten finden können. Wir können nur vermuten, dass einige von ihnen versuchen, ihre Ausbildung auf verschiedenen Ebenen zu beginnen oder fortzusetzen.

Was wollen und brauchen geflüchtete Studierende und Wissenschaftler/-innen?

Allianz
Ukrainischer
Organisationen

IWEK

- Eine unbürokratische Möglichkeit: zu studieren und dafür CPs zu bekommen
- Finanzielle Überbrückungshilfe für Studierende und Wissenschaftler*innen(z.B. aus der Ukraine)
- Kostenloses Gaststudium
- Verlängerung der Regelstudienzeit
- Angebot von Deutschkursen und Integrationskursen an Hochschulen
- Kostenlose psychologische Beratungsangebote mit Schwerpunkt Kriegstraumata
- Informationen zum Studium für Eltern der Bewerber*innen in ukrainischer Sprache
- In Bezug auf Studierendenwohnheime, keine gemeinsame Unterbringung von Studierenden aus der Ukraine mit Russ*innen und Belaruss*innen
- Unbürokratische Möglichkeiten für die Drittstaatsangehöriger um in Berlin und Deutschland zu bleiben [1,7,10]

Was wollen und was brauchen geflüchtete Studierende und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler? – Erstens: Sie wollen eine unbürokratische Möglichkeit, etwas zu studieren und dafür Credit Points, Kurse oder Informationsmaterialien auf Englisch, Deutsch, Ukrainisch, Krimtatarisch oder andere Sprachen zu bekommen, Unterstützung um Deutsch und/oder Englisch zu lernen, Wohnräume, Schutz und Sicherheit und das Gefühl, hier willkommen zu sein. Für Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen ist es sehr wichtig, finanzielle Überbrückungshilfen zu bekommen, kostenloses Gaststudium oder Weiterbildung, Verlängerung der Regelstudienzeit für die Menschen, die schon in Deutschland studieren und vom Krieg betroffen sind, kostenlose psychologische Beratung mit Schwerpunkt Kriegstraumata, Informationen zum Studium für Eltern oder Bewerberinnen und Bewerber in ukrainischer oder krimtatarischer Sprache, in Bezug auf die Studierendenwohnheime keine gemeinsame Unterbringung mit Russen oder Belarussen.

Welche Angebote bekommen die geflüchteten Studierenden aktuell?

Allianz
Ukrainischer
Organisationen

IWEK

- Es gibt schon viele Angebote zuerst in Amtssprache
- Es gibt ganz viele, auch viele gute Angebote von vielen Hochschulen, aber vieles ist durcheinander und chaotisch, und jede Hochschule hat eine eigene Seite für Ukrainische Geflüchtete.
- Wohnmöglichkeiten für die geflüchteten Studierenden, aber auch Wissenschaftler *innen
- Kurzfristige Stipendien, Notfondsstipendien und weitere (z.B. Universität Potsdam, Freie Universität Berlin)
- SHK- Tutoren, Berater*innen Stellen
- Information-Tagen (z.B. Ukrainischen Tagen an der Technischen Universität)
- Freie Lunchangeboten
- Studierende fühlen sich willkommen

Welche Angebote bekommen die geflüchteten Studierenden aktuell in Berlin und im Bund? – Es gibt ganz viele und sehr gute Angebote von vielen Hochschulen, aber vieles ist durcheinander und chaotisch. Das ist sehr schade. Jede Hochschule und jedes Studierendenwerk hat eine eigene Seite für ukrainische Geflüchtete. Es wäre sehr hilfreich, wenn all diese Informationen koordiniert würden, oder dass es eine gemeinsame Seite gibt, wo sich von außen weitere Informationen verlinken lassen. Es gibt den DAAD und auch eine Seite für die Ukraine, aber es fehlen sehr viele Informationen von den Hochschulen und den Finanzierungen dort. Es gibt schon viele Angebote auf Ukrainisch für die Eltern der Bewerberinnen und Bewerber, das ist sehr hilfreich. Es gibt viele Wohnmöglichkeiten und Unterstützungen, auch kurzfristige Stipendien, Notfonds und weiteres, z. B. an der Universität Potsdam und an der Freien Universität Berlin.

Welche weiteren Maßnahmen sind im Moment besonders wichtig?

Allianz
Ukrainischer
Organisationen

IWEK

- Deutschkurse
- Langfristige Stipendien für Studierende und PhD Studierende (z.B. Die Stipendien der Studienstiftung des Abgeordnetenhauses)
- Mehr Plätze für die Vorbereitungskursen vor B. A/D/Sc
- Eine Jobbörse speziell für Geflüchtete
- Differenzierte Darstellung der Ukraine und Ukrainer*innen unabhängig von Russland in der internen und externen Kommunikation
- Sensible Auseinandersetzung mit der ukrainischen Geschichte in Bezug auf Kolonialismus und Selbstbestimmung in Workshops und Schulungen unter Einbeziehung von ukrainischen Expert*innen.
- Viele Umgebungen ändern sich schnell, so dass sie nicht systematisch überwacht werden!!!
- Forschungsprojekt über die Bedürfnisse der geflüchteten Studierenden

[1, 7, 10, 11]

Welche weiteren Maßnahmen sind im Moment besonders wichtig? – Das sind Deutschkurse. Deutschkurse haben nicht genug Plätze für die Studierenden, und es werden mehr Finanzmittel für Deutschkurse gebraucht, da die Plätze an den Hochschulen sehr begrenzt sind. Mehr Hilfsstipendien in der Höhe zwischen Hartz IV und BAföG, langfristige Stipendien für Studierende und PhD-Studierende, z. B. Stipendien der Studienstiftung des Abgeordnetenhauses, aber vor allem die Möglichkeit zu arbeiten und diese Arbeit zu finden. Eine Jobbörse speziell für geflüchtete Studierende wäre sehr hilfreich. Selbstverständlich arbeiten Ukrainer und Drittstaatler gerne als wissenschaftliche und studentische Hilfskräfte oder als Tutorinnen und Tutoren; das ist auch gut. Es werden mehr Plätze für die Vorbereitungskurse von Bachelor-Programmen gebraucht. Es ist sehr wichtig, den geflüchteten Jugendlichen zu helfen, die zu den Studiengängen an Hochschulen gelangen wollen. Daher ist eine höhere finanzielle Unterstützung und mehr solcher Kurse erforderlich. Netzwerke: Das ist auch für diese Maßnahme von deutschen Hochschulen und der Vernetzung mit ukrainischen Hochschulen und Wissenschaftsorganisationen, die gemeinsame Angebote für die geflüchteten Ukrainer und Drittstaatler formulieren.

Die letzten drei Punkte zu diesem Thema: differenzierte Darstellung der Ukraine und Ukrainer und Ukrainerinnen, unabhängig von Russland in der internen und externen Kommunikation. Das heißt, die Studierenden und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler wollen die beiden Gruppen der ukrainischen Geflüchteten und der politischen Geflüchteten aus Russland und Belarus aus ethischen Gründen trennen. Sensible Auseinandersetzung mit der ukrainischen Geschichte in Bezug auf Kolonialismus und Selbstbestimmung in Workshops und Schulungen unter Einbeziehung von ukrainischen Experten und Expertinnen. Wir als Allianz sind bereit, bei solchen Kursen zu helfen. Wir haben bereits ein Programm vorbereitet und haben Referentinnen und Referenten, die bereit sind, solche Kurse zu starten. Das Letzte: Deshalb bieten wir Ihnen auch an, um zu diesem Thema allgemein über die Studierenden zu forschen, ein Forschungsprojekt zu initiieren, um das tiefe Wissen über die Bedürfnisse der geflüchteten Schülerinnen und Schüler und auch Studierenden zu erhalten, damit sie den

Traum von ihrer Hochschulausbildung verfolgen können. Allianz und IWEK e.V. sowie die Wissenschafts-AG sind bereit, dabei zu helfen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit

**Allianz
Ukrainischer
Organisationen**



Quelle

1. https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Publikationen/Downloads-Migration/auslaend-bevoelkerung-2010200207004.pdf?__blob=publicationFile
2. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Aktuelle Zahlen; 2019
3. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Aktuelle Zahlen; 2015
4. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Aktuelle Zahlen; 2016
5. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Aktuelle Zahlen; 2017
6. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Aktuelle Zahlen; 2018
7. Statistisches Bundesamt. statistisches jahrbuch: Deutschland und Internationales; 2020.Rich A-K. Asylerstantrag
8. <https://www.morgenpost.de/berlin/article235612129/Bereits-70-000-Fluechtlinge-in-Berlin-registriert.html>
9. Maryl, M., Ivashchenko, O.V., Reinfelds, M. et al. Addressing the needs of Ukrainian scholars at risk. *Nat Hum Behav* (2022). <https://doi.org/10.1038/s41562-022-01387-7>
10. Polishchuk, Y., Moskvina, V., Degtyarova, J., Galat, M. & Makaruk, L. Assessing the needs of Ukrainian scholars in dangerous circumstances (Version V2). *Zenodo*, <https://doi.org/10.5281/zenodo.6413145> (2022).
11. Al Masri, F., Müller, M., Nebl, J. et al. Quality of life among Syrian refugees in Germany: a cross-sectional pilot study. *Arch Public Health* **79**, 213 (2021). <https://doi.org/10.1186/s13690-021-00745-7>

Ich danke Ihnen für Ihre Zeit und die Aufmerksamkeit. Das sind die Informationsquellen, die ich für die Vorbereitung meiner Präsentation genutzt habe. Ich werde Ihre Fragen gerne beantworten.

Vorsitzende Franziska Brychey: Vielen lieben Dank! – Als letzten Anzuhörenden haben wir Herrn Dr. Grieshop, der uns zugeschaltet ist. – Sie haben das Wort!

Dr. Herbert Grieshop (Abteilung Internationales FU Berlin) [zugeschaltet]: Schönen guten Tag! Danke für die Einladung! Ich kann mich meinen Vorrednerinnen und meinem Vorredner nur anschließen. Frau Gote hat es gesagt, Frau Haugg sagte es, Frau Mai-Hartung und Herr Poliluev-Schmidt im Grunde auch. Ich denke, wir haben auf diese Krise vergleichsweise schnell und mit vielen Angeboten reagiert. Ich spreche hier für die Freie Universität, ich habe keinen Gesamtüberblick über alle Berliner Hochschulen, aber ich bin insbesondere mit den Kolleginnen und Kollegen der TU und der HU im engen Kontakt. Wir haben die Geflüchteten, die gekommen sind, in tatsächlich unterschiedlicher Art und Weise – Frau Mai-Hartung hat darauf hingewiesen – eingeschrieben. Einige wurden regulär eingeschrieben, soweit sie die Voraussetzungen für ein Studium vorliegen hatten. Einige wurden als Nebenhörer eingeschrieben, nämlich wenn sie zu Hause in der Ukraine weiterstudieren wollen. Einige Universitäten haben das Modell der Gasthörerschaft, andere haben einfach Angebote gemacht, wo sich Studierende sich nicht einschreiben wollten, weil sie nicht sahen, dass das für sie im Moment ein Vorteil wäre.

Wir haben da viel auf den Weg gebracht. An der FU, aber auch an anderen Universitäten haben wir beispielsweise kostenlose Intensivanfängerkurse für Deutsch gemacht. Bei uns sind da 40 Leute drin. Im regulären Studium sind knapp 20 eingeschrieben worden. 25 weitere

sind im Sprachenzentrum auf verschiedenen Niveaustufen eingeschrieben. Wir haben das ganze Thema Information und Beratung, um diese Hunderten, um nicht zu sagen Tausenden, Anfragen zu bearbeiten. Das haben wir, glaube ich, ganz gut gemacht. Wir haben auch Beratungen auf Ukrainisch usw. gemacht. Das im Bereich Studierende. Alles, was sich um soziale Fragen und Unterstützung haben wir in Absprache mit dem Studierendenwerk an das Studierendenwerk übergeben, weil da die Strukturen dafür vorhanden sind.

Für wissenschaftlich Tätige haben wir an der FU – das ist vielleicht eine Besonderheit – ein Kurzstipendiumprogramm eingerichtet. Da haben wir Haushaltsmittel, Gastwissenschaftlermittel, der FU umgewidmet und haben insgesamt fast 200 000 Euro ausgegeben, haben knapp 40 Dreimonatsstipendien für geflüchtete Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler hier, aber auch in der Ukraine ausgegeben. Das ist vielleicht eine Besonderheit. Wir haben also Remote-Stipendien vergeben, die innerhalb der Ukraine geflüchtet sind, aber eine Anbindung an die FU durch Forschungsprogramme hatten. Ich glaube, das ist sehr positiv von den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aufgenommen worden. Das war eine relativ große Zahl, die wir als einzelne Universität damit versorgen konnten. Wir haben mit einem freiwilligen Aufruf versucht, die, die zu uns gekommen sind, mit Wohnraum zu versorgen, da hatten wir um die 40 Angebote, aber nicht ganz so viele Vermittlungen. Wir sind mit dem, was wir in kurzer Zeit auf die Beine gestellt und geleistet haben, eigentlich ganz zufrieden.

Was sind die Themen, die uns beschäftigen? – Die sind im Grunde schon von den verschiedenen Vorrednern und Vorrednern angesprochen worden. Wir wissen wirklich nicht, was die Bedarfe im Wintersemester sein werden. Wir wissen es einfach nicht. Bei den Masterprogrammen gab es schon die erste Bewerbungsrunde. Da ist der Anteil der ukrainischen Studierenden bisher nicht signifikant gestiegen. Wenn das ein Vorbote auf das Wintersemester und die Bacheloreinschreibung ist, würde ich sagen, dass es vielleicht keine riesige Welle an Nachfrage geben wird. Wir gehen davon aus, dass wir im Studienkolleg eine höhere Anzahl aus der Ukraine haben, weil die Studienkollegs der Stadt traditionell aus der Ukraine rekrutieren, weil die dieses Extrajahr brauchen, wenn sie noch keine Studienerfahrung haben. Auch da gehen wir nicht von riesigen Steigerungen aus. Das ist das eine Thema, wir kennen die Bedarfe nicht.

Das Zweite, was wir nicht wissen, ist die Situation der internationalen Studierenden. Die haben eine aufenthaltsrechtliche Duldung bis Ende August. Da gibt es eine große Unsicherheit, zugleich müssen wir von unserer Seite auch sagen, dass wir da Erwartungsmanagement betreiben. Die Studierenden, die wir da haben – und viele sitzen in unseren Deutschkursen –, haben gegen Gebühren in der Ukraine Medizin studiert, um mal ein Beispiel zu nennen, eine ganze Reihe von denen. Dass die realistisch in ein Medizinstudium bei uns kommen, ist wohl nicht so. Das ist unwahrscheinlich. Deswegen ist es für uns eine wichtige Aufgabe, mit denen darüber zu reden, dass wir nicht ein Land sind, wo man gegen Gebühren Medizin auf Englisch studieren kann, sondern dass man hier in einem hochselektiven Auswahlverfahren auf Deutsch studieren muss.

Ja, wir machen denen interessante alternative Angebote, aber man muss schauen, dass da keine übertriebenen Erwartungen geweckt werden. An der FU beispielweise ist das Undergraduate-Studium praktisch noch komplett auf Deutsch. Im Masterbereich haben wir 25 Prozent englischsprachige Kurse. Wenn alle diese Personen ins Studium wollen, müssen die 1,5 Jahre intensiv Deutsch lernen. Ich kann das ziemlich genau sagen, vorher ist man nicht bei B2 oder

gar bei C1. Als ehemaliger Deutschlehrer halte ich alle anderen Aussagen für Humbug. 1,5 Jahre intensive Deutschkurse ist das Modell, und das gilt sowohl für Drittstaatler als auch Ukrainer, die hierherkommen. Es sei denn, sie gehen in englischsprachige Studiengänge. Die anderen haben es schon angesprochen. Wir wissen auch nicht, was noch aus Russland kommt. Im Moment sind geflüchtete Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler Einzelfälle, die bei uns Schutz und Anschlussfähigkeit suchen.

Was bedeutet all das für die Zukunft an Wünschen der Universitäten? – Klar, was denn sonst? – Finanzielle Mittel natürlich! Wir sind in diesem Jahr ehrlich gesagt noch ganz anständig ausgestattet. Es gibt die Integra-Programme vom DAAD – mit BMBF-Mittel finanziert –. Damit haben wir die Sonderkurse in diesem Jahr ausgestattet und eingerichtet. Das funktioniert gut, das können wir uns leisten, aber da brauchen wir eine gewisse Planungssicherheit, ob es die nächstes Jahr noch gibt. Wenn es nicht über Integra geht, nehmen wir die Mittel auch vom Berliner Senat, Hauptsache, sie kommen. Dann könnten wir damit intensive Deutschkurse machen. Wir an der FU planen beispielsweise, um Ihnen ein Gefühl dafür zu geben, ab September mit drei Intensivkursen. Das wären dann 75 Teilnehmer, die bei uns intensiv Deutsch lernen. Das klingt jetzt so, dass das ein großer Bedarf wäre, aber um Ihnen auch da ein Beispiel zu geben: Bei den 40, die wir jetzt in Kursen haben, hatten wir eine Liste von 200 Nachfragen, die wir immer wieder auffüllen mussten, weil die Situation so dynamisch ist, dass Leute Deutschland doch wieder verlassen haben, dass Leute in die Ukraine oder ihre Heimatländer zurückgegangen sind. Nichts davon ist wirklich klar. Deswegen hoffen wir mit 75, dass wir diese drei Kurse auch vollbekommen. Wenn wir dafür Mittel bekämen, wäre das fantastisch. Das Dritte: Wir werden eine begrenzte Ausweitung des Studienkollegs vornehmen, maximal mit einer Klasse, im Glauben, dass wir ein paar mehr ukrainische Studierende in diesem Jahr haben werden, aber da sind räumliche, personelle usw. Ressourcen limitiert. Wir sind im Grunde im Berliner Schulsystem, wir brauchen verbeamtete Lehrer. Die Gymnasiallehrer, die auch das unterrichten können, sind das seltenste Gut in ganz Berlin.

Das dritte Thema – Herr Schulze hat es am Anfang angesprochen –, Berufschancen für ukrainische Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen: Das ist interessant. Wir haben in Deutschland die großen Programme für geflüchtete Wissenschaftler. Wir haben in Berlin das Einstein-Programm. Das sind aber hochselektive Programme, sehr gut ausgestattet, aber überhaupt nicht für einen Massenzustrom gedacht. Da hat man zwei, drei Philipp-Schwartz-Stipendien, zwei, drei Stipendien, die wir selbst finanzieren. Wir finanzieren den Scholar Rescue Funds, wir machen Einstein-Mittel. Wir haben viele von den Geflüchteten in vielen verschiedenen Drittmittelkategorien, aber wenn man das größer machen will, bräuchte man vermutlich eine Aufstockung der Einstein-Mittel oder eine andere Form von Stipendien, oder eben auch Stipendien in der Ukraine. Das ist das, was uns die Wissenschaftler aus der Ukraine zurückmelden. Was sie am liebsten haben würden, ist eine Unterstützung in der Ukraine. Wir hatten gerade eine Vizepräsidentin aus der Ukraine von einer wichtigen Partneruniversität aus Kiew zu Besuch. Wie kann ich Ihnen helfen? – Sie sagte: Erhöhen Sie die Austauschstudienplätze, holen Sie so viele unserer Studierenden wie möglich zumindest für ein Semester nach Berlin und geben Sie unseren Wissenschaftlern die Möglichkeit, zumindest für sechs Monate entweder vor Ort oder auch in der Ukraine mit einem Stipendium zu forschen. – Das waren die Wünsche von ihr. Das sind alles Wünsche, die finanziell etwas kosten.

Ganz zum Schluss meine letzte Bitte: Wir machen an der FU, ich würde sagen, seit 2015 wirklich wahnsinnig viel. Wir haben im Moment 30 geflüchtete Scholars at Risk auf dem Campus. Wir haben das Studienkolleg ausgebaut, wir haben Sonderkurse, Welcome-Kurse rauf und runter. Was wir nicht haben sind Dauerstellen für Geflüchtete. Alles, was wir machen, sind Drittmittel. Wir haben ein tolles Mentoring-Programm Academics and Solidarity finanziert von Ihnen, Frau Haugg, vom BMBF. Super Programm, wo wir Wissenschaftler mit Mentoren matchen, aber alle diese Sachen machen wir mit, ich glaube, acht oder neun Drittmitteltöpfe, mit denen wir im Bereich Geflüchtete jonglieren, und alles ist jährlich oder maximal zweijährig, wenn wir Glück haben dreijährig. Es wäre super, und vermutlich müssen wir uns in dieser Welt darauf einstellen, dass wir an unseren Universitäten so etwas wie geflüchtete Personen haben. Im Moment machen es die Kollegen, die bei sich für Gastwissenschaftler zuständig sind, auf Teiljobs nebenher. Das wären noch etwas, dass wir unsere Programme ein bisschen verstetigen und nicht immer in diesem „Gibt es nächstes Jahr wieder Mittel?“-Modus arbeiten. Das wäre schön. Jetzt hoffe ich, dass das mit Integra klappt und dass wir dann die DAAD-Mittel in welcher Form auch immer weitermachen können. Das wäre für uns hilfreich. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit! Danke sehr!

Vorsitzende Franziska Brychcy: Vielen lieben Dank! – Dann haben wir unsere vier Anzuhörenden gehört und kommen jetzt in die Aussprache- und Fragerunde. Zunächst ist Herr Schulze dran.

Tobias Schulze (LINKE): Vielen Dank für die spannenden Ausführungen! In der Tat haben wir da einige Probleme angerissen. Sie haben auch alle Bitten und Forderungen mitgebracht; das ist super. Ich will noch ein paar Rückfragen zu den angerissenen Themen stellen.

An die Frau Staatssekretärin Haugg vom BMBF hätte ich die Frage, ob die Regelung für die Drittstaatler verlängert wird, ob wir damit rechnen können, dass es da weitere Erleichterungen gibt, damit die Menschen, die aus Drittstaaten über die Ukraine zu uns gekommen sind, hier auch weiter studieren können.

Meine zweite Frage an Sie ist, ob die Studierenden, die aus der Ukraine kommen, sich auch über Uni-Assist bewerben müssen – das kostet bekanntermaßen Gebühren –, oder ob Sie darüber nachgedacht haben, die Gebühren für Menschen, die aus Kriegsgebieten oder in dem Fall aus der Ukraine flüchten, zu erlassen?

Die dritte Frage betrifft das Thema Studienplätze: Wir haben eine größere Zahl von Studierenden. In Berlin ist es so, dass viele Studiengänge deutlich überbucht sind, dass deutlich mehr Menschen in Berlin studieren wollen, als wir Plätze haben. Das war auch schon vor den Geflüchtetenbewegungen so und hat sich noch einmal verschärft. Wird denn auf der Ebene der Bundesregierung oder auch mit den Ländern zusammen in der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz darüber diskutiert, hier möglicherweise eine Sonderfinanzierung für zusätzliche Studienplätze aufzulegen? Ansonsten werden wir das Problem haben, zumindest in Berlin, dass angesichts der knappen Vorabquoten, die wir für geflüchtete Menschen haben, ein Großteil derer, die hier studieren wollen, hier nicht studieren können, weil für sie keine Studienplätze da sind. Das können wir nur über den Aufbau von weiteren Studienplätzen oder die Veränderungen dieser Vorabquoten regeln.

Die letzte Frage an das BMBF, an Frau Staatssekretärin Haugg, wäre zu den geflüchteten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern: Wir haben viele außeruniversitäre Forschungseinrichtungen in Berlin. Gibt es da Absprachen mit den großen Forschungsorganisation, wie da mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern umgegangen wird, ob da Einstellungsmöglichkeiten sind oder Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden? Das ist auch eine Bundeszuständigkeit, insbesondere bei den großen Forschungsorganisationen. Vielleicht können Sie ein, zwei Sätze dazu sagen.

Dann die Fragen an den Senat und an Herrn Dr. Grieshop von der FU: Die FU hatte mal das Thema, dass das Sprachniveau so lange es nicht bestand, trotzdem dazu führte, dass man sich für vier Semester vorläufig immatrikulieren konnte. Diese Regelung ist 2019 abgeschafft worden. Wird denn darüber nachgedacht, insgesamt eine vorläufige Immatrikulation wieder einzurichten und das Sprachniveau studienbegleitend zu erwerben? Sie haben gerade gesagt, dass es mindestens 1,5 Jahre dauert, ehe man das C1-Niveau erreicht. Das wäre für viele eine Zeit, die sie erst einmal überbrücken müssten. Oder sagen Sie, dass das nicht notwendig ist, sondern Sie machen das wie bisher?

Dazu meine zweite Frage, auch an die Hochschulen, an die FU und an den Senat: Haben die Hochschulen denn Mittel für zusätzliche Sprachkurse oder ähnliche Unterstützungsmaßnahmen angemeldet? Wir haben von Landesseite aus auch diverse Töpfe eingerichtet, wo Mittel zur Unterstützung von den Geflüchtetenbewegungen bzw. auch der Unterstützung der hier in Berlin lebenden Ukrainer und Ukrainerinnen abgerufen werden können. Haben die Universitäten und Hochschulen daraus Mittel angemeldet, die sie jetzt nutzen könnten, um die entsprechenden Sprachkurse anzubieten?

Die zweite Frage geht auch an die FU, an Herrn Dr. Grieshop: Wir haben viele Studierende, die ohne Dokumente ankommen. Denen fehlen noch Unterlagen für ihre Studienbewerbung oder zur Anerkennung von Studienleistungen. Wir haben im Berliner Hochschulgesetz die Regelung getroffen, dass sich auch solche Studierende trotzdem immatrikulieren und ihr Studium beginnen können. Sind diese Regelungen umgesetzt, dass, wenn Dokumente oder Unterlagen fehlen, diese nachgereicht werden können, und dass das Studium trotzdem begonnen werden kann?

Die letzten beiden Fragen, die ich hätte, gehen an das Studierendenwerk, und zwar die Unterstützung beim Wohnen. Wir haben derzeit ein massives Problem, die geflüchteten Menschen aus der Ukraine unterzubringen. Die Zahl ist im Vergleich zu 2015/2016 noch einmal deutlich höher. Sie haben kurz dargestellt, wie viele Menschen in Ihren Wohnheimen untergebracht sind. Wie sehen Sie denn den zusätzlichen Bedarf oder wie läuft der denn bei Ihnen auf? Wie viele Leute fragen, und was müsste passieren, damit wir hier eine deutliche Verbesserung bei der Wohnsituation bekommen?

An Herrn Poliluev-Schmidt hätte ich die Frage: Ich fand bei Ihnen sehr interessant, dass Sie gesagt haben, dass Sie einen kolonialisierungssensiblen Umgang mit den Studierenden möchten und möchten vielleicht auch die Thematisierung der ukrainischen Geschichte oder überhaupt des Themas der Ukraine in den Hochschulen und Universitäten im Studium. Vielleicht können Sie dazu sagen, wie das genau aussehen könnte und was da von ihrer Sicht aus angemessen ist. – Danke schön!

Vorsitzende Franziska Brychcy: Vielen Dank! – Ich wollte geschäftsleitend sagen, dass wir die Fragen der Abgeordneten noch sammeln, und sie dann im Zusammenhang nacheinander beantworten würden – an die Anzuhörenden, falls Sie nicht genau wissen, wie das hier funktioniert. – Frau Neugebauer!

Laura Neugebauer (GRÜNE): Auch von mir vielen Dank für die Ausführungen! Ich habe tatsächlich auch noch einige bei mir offene Fragen. Die erste vielleicht an Frau Mai-Hartung: Sie haben von Problemen in den Jobcentern berichtet, die den Prozess verkomplizieren. Da wollte ich nachfragen, ob es schon konkret negative Auswirkungen für die Studierenden gab, die auch den Unterhalt gefährden? Konnten sie schnell gelöst werden, bzw. wie werden derartige Konflikte angegangen, um sie zu lösen?

An Herrn Dr. Grieshop habe ich an der Stelle die Frage: Sie haben von Stipendienprogrammen gesprochen, die auch Binnengeflüchteten zugutekommen. Ich hätte noch eine Frage bezüglich der Rolle des Instituts für Osteuropastudien an der FU, und zwar würde ich mich da für den generellen Umgang mit der momentanen Krise durch das Institut interessieren, aber auch was für Partnerschaften Sie im Moment konkret fördern. Sie haben berichtet, dass dieses Unterstützen über Austausch- und Stipendienprogramme gewünscht ist, also praktisch die Frage, was Sie im Moment konkret machen.

Dann habe ich auch noch einige Fragen an Frau Staatssekretärin Haugg – angefangen bei den 27 Millionen Euro, die in den Deutschen Akademischen Austauschdienst fließen sollen: Mich würde interessieren, welche Programme konkret unterstützt werden, und was wird mit diesen Geldern konkret ausgeführt? Welche existierenden Programme werden gefördert, und wenn ja, in welcher Höhe?

An der Stelle auch die Frage: Sie haben auch über die Zusammenarbeit mit den Stiftungen über Hilfsangebote geredet. Handelt es sich hier um Einzelfalllösungen oder um gruppenbezogene Angebote? Konkret: Gibt es eine Initiative, eine Infrastruktur, die für die Drittstaatler Lösungen anbietet, zu schaffen?

Dann noch eine Nachfrage, weil das durch den Beitrag von Herrn Grieshop aufkam: Es wurden vor allem von Mitteln berichtet, die für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus der Ukraine nachgefragt sind. Gibt es hier in Zukunft auch Pläne, die über die aktuellen, bekannten Pläne hinausgehen?

Vorsitzende Franziska Brychcy: Vielen Dank! – Dann ist Herr Trefzer an der Reihe!

Martin Trefzer (AfD): Vielen Dank! – Ich wollte zunächst ein paar Zahlen abfragen, vielleicht auch an den Senat: Frau Mai-Hartung, Sie sagten, dass nur ein Viertel der in Deutschland bzw. Berlin studierenden Ukrainer seit dem Krieg geflüchtete Ukrainer seien und dass bereits drei Viertel davor da waren. Ich wollte den Senat fragen, wie die Zahlen aussehen, wie viele ukrainische Studierende und Wissenschaftler es in Berlin gibt, wie viele davon schon davor da waren und welche dazugekommen sind. Wie ist der Anteil der Drittstaatler bei diesen Personen und vielleicht den Anteil von Männern und Frauen? Denn wir wissen, Männer können nicht ohne Weiteres aus der Ukraine ausreisen.

Es gibt die Vereinbarung der Kultusministerkonferenz, dass junge Ukrainer auch ohne Schulabschluss studieren können. Frau Haugg, diese sechs Standorte in Deutschland, die diese Qualifizierungstest durchführen – Sie nannten die HU als einen dieser Standorte. Da wollte ich Herrn Grieshop fragen: Wenn das so ist, wie läuft die Qualifizierung und welche Erfahrungen haben Sie gemacht? Funktioniert das Verfahren?

Herr Grieshop! Sie hatten den Einstieg ins Studium mit bereits vorhandenen Qualifikationen am Beispiel eines Medizinstudiums als kompliziert und fast undurchführbar dargestellt. Da würde ich gerne fragen, vor welchen Herausforderungen jemand steht, der mit bereits vorhandenen Studienleistungen in Deutschland einsteigen will. Gibt es Angebote, Prüfungsleistungen ins Deutsche zu übersetzen? Wie aufwendig ist das Verfahren? Gibt es unter Umständen auch Unterstützung bei der Übersetzung von bereits erzielten Studienqualifikationen?

Frau Gote! Sie sagten, elf Studierende hätten bereits Förderungen beantragt. Ich nehme an, dass das dieser Fonds mit einer Pauschale von 1 000 Euro war. Wie sind da die Erfahrungen? Läuft das gut? Besteht da noch Verbesserungsbedarf? Elf scheint keine besonders hohe Zahl zu sein. Gibt es da vielleicht noch irgendwelche Hürden, die wir vielleicht ins Auge fassen müssten, oder wo man noch etwas tun kann, damit es einfacher möglich ist und die Zahl doch noch steigt?

Ein Aspekt wurde mir noch nicht ausreichend berücksichtigt, das ist die Zusammenarbeit mit ukrainischen Wissenschaftseinrichtungen und Universitäten. Es muss auch darum gehen, den Austausch mit ukrainischen Universitäten zu intensivieren. Das Ziel muss sein, dass ukrainische Studierende in Berlin ihr Studium, was in der Ukraine läuft, fortsetzen können, hier Qualifizierungen ablegen können, mit denen sie in der Ukraine ihr Studium fortsetzen können. Da wäre meine Frage, mit welchen Einrichtungen in der Ukraine es diesbezüglich Kooperationsvereinbarungen gibt. Gibt es ukrainische Dozenten, die eingebunden sind? Gibt es vielleicht Onlineformate? Es kann nicht nur darum gehen, dass Ukrainer hierherkommen und irgendetwas in Deutschland machen, sondern es muss immer in Rückkopplung dessen passieren, was sie in der Ukraine machen, und wenn sie zurückkehren, hier eine Qualifikation erzielt haben, die in der Ukraine etwas bringt. Inwieweit ist das abgestimmt, verzahnt, und inwieweit gibt es da Zusammenarbeit und gemeinsame Ansätze, vielleicht auch in der Forschung und der Vereinheitlichung der entsprechenden Voraussetzungen?

Herr Poliluev-Schmidt! Sie hatten auch das Thema russische und ukrainische Studierende angesprochen. Ich finde, das ist ein wichtiger Punkt. Ich bin Ihnen dankbar, dass Sie das angesprochen haben. Ich kann das sehr gut verstehen, auch vor dem Hintergrund der Russifizierungswelle, die über die besetzten Teile der Ukraine hinwegrollt, dass Sie nicht wollen, dass die russischen und ukrainischen Verfahren miteinander vermengt werden oder dass Ukrainer Formulare in russischer Sprache vorgelegt werden. Da bin ich mit Ihnen absolut d'accord, dass diese Verfahren separiert werden müssen. Wenn Sie das wünschen, sollten auch in den Heimen beispielsweise ukrainische Studierende separat von russischen Studierenden untergebracht werden, vielleicht auf einer anderen Etage? Es freut mich zu hören, Frau Mai-Hartung, dass es in Berlin noch keine Konflikte gab, aber vielleicht sollte man vorausschauend sein, gerade wenn es diese Wünsche seitens der ukrainischen Studierenden gibt, diese ernst nehmen und versuchen, das irgendwie umzusetzen. Das muss nicht gleich in einem anderen Stadtteil sein, vielleicht reicht schon eine andere Etage.

Die digitalen Aspekte: Inwieweit gibt es Onlineformate, um das Studium in Deutschland online fortsetzen zu können? Ist das eine Option, oder ist das unrealistisch?

Vorsitzende Franziska Brychcy: Vielen Dank! – Dann stehen keine weiteren Abgeordneten auf der Liste. Normalerweise müssten wir nach zwei Stunden eine 15-minütige Lüftungspause machen, aber da dieser Raum nicht vollständig ausgelastet ist, würde ich damit flexibel umgehen. Vielleicht könnten sich die Abgeordneten überlegen, auf eine zweite Fragerunde zu verzichten, sodass wir den Anzuhörenden zur abschließenden Beantwortung das Wort geben würden und dann möglicherweise in 20, 25 Minuten zum Ende des Ausschusses kommen könnten, was gerade noch an der Grenze der Regelung des Ältestenrats wäre. Deswegen würde ich jetzt auch in die Antwortrunde einsteigen. Dann beginnen wir mit der Staatssekretärin Frau Haugg. – Sie haben die Gelegenheit, auf die Fragen, die an Sie gestellt wurden, zu antworten. Danke!

Kornelia Haugg (Staatssekretärin BMBF) [zugeschaltet]: Ganz herzlichen Dank! Ich habe auch verstanden, dass Sie es gerne kurz, knapp und zügig hätten. – Zu den Fragen von Herrn Abgeordneten Schulze, das Thema Drittstaatler: Ich habe es so verstanden, dass es da um die Fragen des Aufenthaltsrechts geht. Erlauben Sie mir bitte, dass ich da an das Innenministerium verweise. Ich kann nur berichten, dass wir dort bislang immer auf sehr offene Partner gestoßen sind und gute, konstruktive Lösungen gefunden haben. Ansonsten gibt es auch Mög-

lichkeiten auf der Landesebene. Wenn Sie sich Hamburg und Bremen ansehen, sind die in Bezug auf die Drittstaatler zu besonderen Lösungen gekommen. Vielleicht könnte sich Berlin das anschauen, ob das eine Option wäre. Wir wissen alle, beim Aufenthaltsrecht, der Umsetzung und dergleichen ist es ein Zusammenspiel von Bund und Ländern.

Zu Ihrer Frage Uni-Assist: Nach meinem Kenntnisstand ist Uni-Assist eine Non-Profit-Organisation, die ihre Beratungsdienste anbietet und dafür Gebühren erhebt. Es hat nichts mit dem BMBF und unserer Förderung zu tun, deswegen würde ich auch keinen Grund für uns sehen, zu sagen, wir machen da einen Gebührenerlass. Das ist ein Geschäftsmodell, wir haben gute Beratungsangebote, die kostenlos sind – wir haben heute Partner dafür in dieser Runde, deswegen würde ich salopp sagen, dass das nicht unsere Baustelle ist.

Sie haben nach den Studienplätzen in Berlin gefragt. Ja, da haben wir als Bund mit den Ländern im Moment noch den alten Hochschulpakt laufen, wir haben den Zukunftsvertrag laufen, den wir im Moment mit einer 3-prozentigen Dynamisierung verhandeln werden. Da tut sich schon etwas, aber dazu, speziell das Land Berlin zu unterstützen, gibt es keine Überlegungen. Wenn ich mir das Gesamthochschulsystem anschau, haben wir auch sonst nicht den Anspruch, dass ich da studieren kann, wo ich gerne studieren will, sondern ich muss mich umschauen. Wir haben viele Regionen in der Republik, wo es freie Studienplätze gibt. Wir wissen auch, dass die Studienanfängerzahlen in manchen Bereichen zurückgegangen sind. Da muss man von den Studierenden auch erwarten, dass sie sich im System orientieren und nicht nur auf Berlin schauen. Das gilt im Übrigen auch generell bei der Frage, wenn ich hierbleibe, wo ich hingeh. Wir senden ganz deutlich die Botschaft, dass in den ländlichen Regionen in Deutschland die Lebensqualität mindestens so hoch ist, wie in den Großstädten, also fixiert euch nicht auf drei, vier Standorte zum Leben und damit auch zum Studieren.

Bei den Wissenschaftlern haben die Forschungsorganisationen eine Vielzahl von Möglichkeiten und nutzen die auch. Das läuft gar nicht alles über das BMBF und muss es auch gar nicht, sondern sie haben im Rahmen ihrer Budgets auch Freiheiten. Es gibt zwischen den Instituten gut etablierte Kooperationen an die jetzt angeknüpft wird. Da müsste man im Einzelfall schauen. Ich habe bisher nicht vernommen, dass es da zu irgendwelchen Problemen kommt, sondern ganz im Gegenteil, dass sich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler dort zum einen gut weiterbeschäftigt wissen – diejenigen, die schon da sind – und zum anderen die, die neu hinzugekommen sind, gut aufgenommen worden sind.

Zu der Frage der Abgeordneten Neugebauer zum DAAD, welche Programme das seien: Der DAAD finanziert aus den Mitteln des BMBF zum einen die erwähnte nationale akademische Kontaktstelle Ukraine, die als Plattform dient, um Informationen zu bündeln und Unterstützungsangebote strukturiert bekannt zu machen, was ich eingangs sagte. Zum anderen wird das DAAD-Programm Integra und das Programm Welcome daraus finanziert. Da geht es um Studienvorbereitung, studienbegleitende Unterstützungs- und Förderangebote, sowohl etablierte Programme noch aus der Zeit 2015, die wir jetzt weiterführen. Daneben gibt es das Programm PROFI zur Nach- und Anpassungsqualifizierung, aber ich glaube, das ist im Moment noch nicht einschlägig bei der Klientel, die wir haben. Außerdem gibt es ein neues, vom BMBF finanziertes DAAD-Programm mit dem Titel „Ukraine digital: Studienerfolg in Kriegszeiten sichern“. Im Rahmen dieses Programms können deutsche Hochschulen gemeinsam mit ihren ukrainischen Partnerinstitutionen virtuelle Lehrangebote aufbauen und durchführen. Das Ziel ist es, Studierende eine Fortsetzung oder einen Abschluss des Studiums an der Heimatschule

unabhängig von ihrem Aufenthaltsort zu ermöglichen. Das war das, was in den weiteren Fragen und Diskussionen von Ihrer Seite als eine Option anklang. Wir haben aktuell noch eine Sonderausschreibung im Rahmen des Projekts „Digitaler Campus – Digital vorbereitet ins Studium“. Das unterstützt deutsche Hochschulen kurzfristig bei der Digitalisierung bestehender Angebote zur Vorbereitung geflüchteter Studieninteressierter und Studierender aus der Ukraine. Gefördert werden unter anderem die Digitalisierung von Vorkursen, Propädeutika, die sprachlich und fachlich notwendig sind, um sich auf ein Studium vorzubereiten. Auch so Dinge wie Self-Assessment sind da enthalten. – Gibt es Pläne, von denen noch nie jemand gehört hat? – Das kann ich guten Gewissens mit Nein beantworten.

In der letzten Runde kam noch das Thema Multifunktionstest auf, da kann aber der Kollege Gieshop gleich noch etwas dazu sagen. Wir machen da eigentlich Serviceleistungen für die Ukraine, dass wir die Tests abnehmen, die dort notwendig sind, um in der Ukraine an eine Hochschule zu gehen. Die Ukraine hat sehr pragmatisch die Anzahl dieser Tests auf die wesentlichen Dinge reduziert – das sind, glaube ich, Deutsch, Mathematik und Geschichte –, sehr eingedampft, kein Ersatz für das Abitur, sondern für die normalen Hochschulzulassungstests. Wir leisten Servicefunktionen für die Ukrainer, weil die nicht in die Ukraine reisen können. Das sind neben der Humboldt-Universität Berlin die Universitäten Frankfurt, Hamburg, Köln und Leipzig. In München haben wir auch noch ein Partnerkulturzentrum GOROD, das die ukrainischen Partner selbst gewonnen haben. Ich glaube, dass wir damit in Deutschland eine gute Flächenabdeckung bekommen. – Damit habe ich hoffentlich alle Ihre Fragen auch zufriedenstellend beantwortet. Danke schön!

Vorsitzende Franziska Brychey: Vielen Dank! Ich sehe hier auf jeden Fall glückliche Gesichter. – Dann gehen wir weiter zu Frau Mai-Hartung.

Petra Mai-Hartung (Studierendenwerk Berlin): Ich fange auch gerne mit Herrn Schulze an. Ich bedanke mich für Ihre Frage, weil ich glaube, dass in meinem Beitrag das Thema Wohnen ein bisschen zu kurz gekommen ist. Wir haben eine wahnsinnig steigende Nachfrage nach Wohnraum. Für alle, die neu sind: Die Versorgungsquote in Berlin liegt auch ohne Krieg, ohne Krisen, bei fünf Prozent. Das Studierendenwerk Berlin hält nur für fünf Prozent aller in Berlin immatrikulierten Studierenden einen Wohnplatz vor. Der Durchschnitt in der Bundesrepublik liegt, glaube ich, bei 10 Prozent. Wir haben in der Pandemie mehr oder weniger davon profitiert, dass viele Studierende in ihre Heimatorte zurückgezogen und wieder bei ihren Eltern eingezogen sind. Da haben wir unsere Warteliste langsam abbauen können. Wir haben nicht einmal Leerstand gehabt, womit andere Studierendenwerke schon zu kämpfen hatten. Das ist, denke ich, auch ein Zeichen für die Situation.

Ich finde die Idee von Herrn Grieshop super, dass man sagt, man macht Austauschprogramme. 10 Prozent unserer Plätze stellen wir den Hochschulen für Austauschplätze zur Verfügung, aber dann würden noch weitaus mehr gebraucht. Wo sollen die geflüchteten Studierenden wohnen, die jetzt in Sprachkursen oder in Studienkollegs usw. sind? Dazu bräuchten wir dringend eine Lösung, denn in unserem Bestand können wir die nicht unterbringen. Ich hatte jetzt gerade, weil jemand vom BMBF da ist, die Idee, dass es bei uns das Internationale Studierendenzentrum am Theodor-Heuss-Platz gibt – das ist eine Immobilie des Bundes –, das wird von uns bewirtschaftet, das ist ein Sonderetat. Da sind wir gerade dabei, uns nach vielen Jahren geschlagen zu geben und dieses Haus zurückzugeben. Es ist einmal gegründet worden, damit dort Studierende und junge Wissenschaftler wohnen können, die aus den damals alliiert-

ten Staaten nach Berlin kamen, um sich über Deutschland zu informieren und Deutschland kennenzulernen. Das war eine Art Friedensprozess. Jetzt hätte ich fast den Gedanken, warum Bund und Land Berlin daraus kein Haus machen, das genau für solche kurzfristigen Bedarfe für Geflüchtete zu nutzen wäre. Das wäre super, da hätten wir sofort diverse Plätze. Ansonsten läuft im Moment der Prozess der Rückgabe an den Bund. Da sind wir schon mit der BIWA des Bundes im Gespräch, und die Rückgabe wird vorbereitet, weil das Studierendenwerk Berlin nicht in der Lage ist, dieses Gebäude zu sanieren und auf Dauer zu finanzieren.

An Frau Neugebauer, das Thema widersprüchliche Aussagen: Im konkreten Fall – mein Mitarbeiter hat mir gerade den Zettel zugeschoben – ist es so gewesen, dass unsere Sachbearbeiterinnen versucht haben, sich beim Jobcenter zu erkundigen bzw. Kontakt aufzunehmen, um die Information zu klären, dass Studieninteressierte nicht weiter so beraten werden. Die kommen dann zu uns, und wir erzählen denen wiederum etwas ganz anderes. Wir haben aber leider keinen Ansprechpartner gefunden. Das ist das Thema Koordinierungsstelle, feste Ansprechpartner, sodass wir als die, die ja hier sind und nicht geflüchtet sind, uns untereinander vernetzen und damit auch die Geflüchteten unterstützen, damit die nicht diese Arbeit leisten müssen, unterschiedliche Informationen zusammenzubringen. Die negative Folge für die Studierenden ist Verwirrung. Da möchte ich auch noch einmal sagen, dass die Menschen, die zu uns kommen, aus einer ganz anderen Situation kommen. Die sind hier wirklich nicht freiwillig – das sage ich mal in Anführungsstrichen –, das heißt, sie haben eine ganz andere Problemlage, und die werden mit so viel unterschiedlichen Informationen versorgt, was teilweise gar nicht anders geht, weil wir eine dynamische Situation haben. Es werden neue Regelungen gefasst, diese parallelen Entwicklungen, aber irgendwie bedingt sich das alles miteinander. Das ist, wie gesagt, auch für unsere Beraterinnen schon schwierig. Wie soll das jemand, der im Grunde unter Druck unfreiwillig, oft sehr junge Menschen, hergekommen ist, schaffen? Sehr junge Menschen kommen nach Berlin, können die Sprache nicht, für die ist das eine Wahnsinnsaufgabe, die noch hinzukommt.

Die Frage der AfD, die Erfahrungen mit dem Fonds – die richtete sich zwar an Frau Gote, aber ich sage es mal –: Im Augenblick sind das nicht so viele, weil das Studierendenwerk Berlin nur immatrikulierte Studierende unterstützt. Wenn die nicht immatrikuliert sind, können wir sie auch nicht unterstützen. Da gibt es die einzige Ausnahme, wenn ein Studierender im Grunde nur noch die Studiengebühren, also die Verwaltungsgebühren usw., zahlen muss, kann er dieses Fondsgeld bekommen, aber er muss im Grunde einen Studienplatz sicher haben. Wir gehen davon aus – das meinte ich vorhin in meinem Vortrag –, wenn sich in den Hochschulen ein System entwickelt hat, werden wir viel mehr Studierende bekommen, die ins Studienkolleg oder Ähnliches gehen. Das haben wir damals mit den aus Syrien geflüchteten Studierenden erlebt. Dann sind die für uns quasi immatrikulierte Studierende in Berlin und können unsere Dienstleistungen in Anspruch nehmen.

Was ich noch ergänzen möchte: In unseren Wohnheimen ist uns nicht bekannt, dass sich ukrainische Studierende wünschen, dass russische Studierende nicht in ihrer Nähe wohnen. Wir haben keinerlei Auseinandersetzungen oder Stress. Ich denke, in einer gewissen Art und Weise sind die russischen Studierenden, die hier sind und immer noch hier sind, letztlich auch vom Krieg betroffen. – Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Brychcy: Vielen Dank! – Dann setzen wir mit Herrn Poliluev-Schmidt fort.

Danylo Poliluev-Schmidt (Allianz Ukrainischer Organisationen): Darf ich zwei Sachen kommentieren oder nur auf die Fragen antworten?

Vorsitzende Franziska Brychey: Ich glaube, da sind Sie frei. Sie können auch einen zusätzlichen Satz dazu sagen. Der Fokus sollte aber auf den Fragen liegen.

Danylo Poliluev-Schmidt (Allianz Ukrainischer Organisationen): Ich wollte nur schnell sagen, dass wir in Kontakt mit Black Indigenous People of Colour sind, die noch Probleme mit Aufenthaltstiteln haben, die sie in einem offenen Brief am 15. Juni 2022 an Nancy Faeser beschrieben haben. Es gibt viel mehr Informationen über diese Dinge.

Zweite Sache, die Streitigkeiten zwischen ukrainischen und russischen Studierenden: Es gibt dieses Misstrauen, wenn Leute über diese Dinge sprechen, dass sie als Aggressoren wahrgenommen werden, und diese Studierenden das deshalb nicht den Studierendenwerken oder den Behörden melden. Wir hatten diese Situationen auch. Ich sage nicht, dass wir keine Diskussionen mit russischen Studierenden wollen, aber ich sage, dass wir hier ein bisschen Fingerspitzengefühl haben sollten.

Zu der Frage, welche Möglichkeiten und welche angemessenen Themen es über die Ukraine und die Probleme mit Imperialismus gibt: Ich war auch in Situationen, wo ich ein bisschen gezwungen wurde, auf russisch zu sprechen. Ich spreche kein Russisch, nur Ukrainisch und Polnisch. Was wir bieten, sind Politische-Bildung-Kurse für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Beamtinnen und Beamten der Universitäten, aber auch Ausländerbehörden und anderen, um die Diskriminierung von Ukrainischsprachigen und ukrainischen Staatsangehörigen zu vermeiden und sie nicht zum zweiten Mal zu traumatisieren. Worum geht es? – Darum, dieses Problem besser zu verstehen. Seit acht Jahren führt Russland einen Vernichtungskrieg in der Ukraine durch, seit April 2014. Zum Beispiel wurde mein Zuhause Donezk auch annektiert, meine Eltern sind in der Ukraine und waren zweimal unter einer Okkupation. Sie wurden gezwungen, russisch zu sprechen, sie mussten alle ukrainischen Symbole vermeiden, oder sie wurden in ein Filtrationslager geschickt.

Wir müssen über diese Dinge sprechen, dass diese Imperialismus- und Kolonialisierungspolitik durch Russland seit langen Jahren geführt wird, auch in den Zeiten der UdSSR und des Kommunismus durch das totalitäre Regime. Viele Ukrainer werden unterdrückt und werden hier in Deutschland bleiben. Sie wollen eine neue Heimat finden und sich hier auch wohlfühlen. Deshalb müssen wir über diese Dinge sprechen, also über die Kultur der Ukraine, über die Geschichte, Beziehungen zwischen Deutschland und der Ukraine – da gibt es sehr viel zu sagen seit 1918, da gab es schon Beziehungen zwischen Deutschland und der Ukraine –, über die Geschichte und diese Probleme, die man erfahren soll, um diese Leute nicht noch einmal zu traumatisieren. Sie kommen hierher, sie sind sehr offen gegenüber Deutschland, und es wäre sehr schön, Seminare an den Universitäten für Professoren, Doktoren, Dozentinnen und Dozenten zu haben, um dieses Problem zu verstehen und um mit verschiedenen Gruppen – Beamte, Mitarbeiter, Behörden, Studierendenwerke usw. – über diese Probleme und Themen sprechen zu können. Beamte und Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen verschiedener Bereiche können uns auch fragen, welche Themen über die Ukraine und den russischen Imperialismus in der Ukraine am interessantesten für sie sind.

Vorsitzende Franziska Brychey: Vielen Dank, für Ihre eindrücklichen Schilderungen und Ihre Erklärungen! Dann würden wir jetzt zum letzten Anzuhörenden übergehen, Herr Dr. Grieshop, der digital zugeschaltet ist. – Sie haben das Wort.

Dr. Herbert Grieshop (Abteilung Internationales der FU Berlin) [zugeschaltet]: Vielen Dank! – Das waren viele und kluge Fragen. Ich fange an: Herr Schulze, ja, es stimmt, die FU hatte eine Zeit lang die Sonderregelung, dass wir Leute mit B2 aufgenommen haben, mit der Maßgabe, dass sie hinterher C1 nachreichen – ich glaube, sie hatten ein Jahr Zeit, zwei Semester. Wir machen das im Moment nicht mehr. Wir haben das irgendwann abgeschafft. Der Grund war, die Balance zu finden, möglichst vielen Leuten Zugang zu ermöglichen, aber auch möglichst viele Leute zum Abschluss zu führen. Da die Quote bei ausländischen Studierenden in Deutschland insgesamt bescheiden ist – ich weiß nicht, ob sie an der FU viel besser ist, wir haben eine hohe Studienabbruchsquote –, und offensichtlich hat das nicht dazu beigetragen, die Abschlussquote zu erhöhen, weil die Leute doch noch eine Stufe lernen müssen. Das ist eben nicht zwei Stunden die Woche Deutsch, sondern man muss intensiv nebenher etwas machen. Als International Office sind wir trotzdem auf der Seite derjenigen, die Leute zulassen wollen, und die Zulassung sagt immer, wir wollen Absolventen. Wir können das sicherlich noch einmal diskutieren, tun es im Moment aber noch nicht.

Ich beantworte die eine Frage, die eigentlich für Frau Gote gedacht war, aus unserer Sicht, nämlich, ob wir Mittel für Sprachkurse beantragt haben. Das haben wir prophylaktisch gemacht, aber wirklich nur prophylaktisch, weil wir gesagt haben, wenn es Integra gibt, sind wir sehr happy, das weiter über Integra und den DAAD abzurechnen. Es ist sozusagen, was es kosten würde, wenn. Wir haben erst einmal informell die Senatsverwaltung darüber informiert.

Das Thema fehlende Dokumente, wie wir damit umgehen: Tatsächlich glaube ich, dass wir die Regelungen alle einhalten, und ich glaube, dass es in dieser Geflüchtetenwelle kein so ein großes Thema ist, wie in der, als die aus Syrien kamen und unter ganz anderen Umständen geflüchtet sind. Vieles von, dem was wir bekommen, kann elektronisch nachgereicht werden. Nach meinem Dafürhalten sind wir da extrem großzügig, bzw. folgen einfach der Richtlinie.

Frau Neugebauer hat nach dem Osteuropa-Institut und der Rolle, die es jetzt gespielt hat, gefragt. In der Tat – das ist eine schöne Frage für uns – glaube ich, dass das eine sehr wichtige Rolle gespielt hat und spielt sie immer noch. Am Osteuropa-Institut ist eine ganze Reihe von Geflüchteten direkt aufgenommen worden, also vor allem Wissenschaftlerinnen, die hier in Berlin kurzfristigen Projekten nachgehen. Um Ihnen mal Beispiele zu geben: Die eine forscht über Women Conscription, also Soldatinnen in der ukrainischen Armee, wo die wohl einen besonders hohen Anteil darstellen im Vergleich zu anderen Armeen. Ein anderes Projekt ist in der Ukraine selbst, da werden Menschenrechtsverletzungen dokumentiert. Das wird als eine Art Zeitzeugenprojekt gemacht. Ich glaube, die Kolleginnen und Kollegen im Osteuropa-Institut haben auch noch einmal geschaut, ob wir die Ukraine in der Vergangenheit in unserem Programm genügend Aufmerksamkeit gewidmet haben. Waren wir wie der Rest von Deutschland zu russlandzentriert? Da passiert einiges. Im September/Oktober findet – die Kolleginnen und Kollegen waren alle Nase lang in der Zeitung – der Jahreskongress der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde bei uns statt, da werden also 200 Osteuropa-Forschende an die FU kommen. Da hat sich die FU bemüht, das herzuholen. Ich glaube, ohne

das Osteuropa-Institut und deren Expertise, die wir auf Podiumsdiskussionen usw. genutzt haben, würden wir nicht so gut dastehen, wie wir dastehen.

Dann gab es weitere Fragen – ich habe den Namen des Kollegen der AfD leider nicht verstanden – zum Thema KMK. Da möchte ich klarstellen – das ist ein Missverständnis, das leider durch den KMK-Beschluss etwas schwer rausgekommen ist –, dass Ukrainer tatsächlich nicht ohne Schulabschluss bei uns studieren können, sondern sie können, wenn sie ihren Schulabschluss nicht machen konnten, erkennen wir ihr Zwischenzeugnis an, und damit gehen sie ins Studienkolleg. Nach wie vor müssen sie nach ihrem elfjährigen Schulabschluss ins Studienkolleg in Deutschland. Kein Ukrainer kann hier direkt ins Studium kommen, wenn er nicht schon zwei Semester in der Ukraine studiert hat. Das heißt, die kommen zu uns ins Studienkolleg, sind sie in der Vergangenheit auch, jetzt kommen sie mit einem sozusagen nicht vollständigen Schulabschluss und dürfen sich bei uns bewerben. Da werden sie ganz normal aufgenommen, müssen sich mit Wettbewerbern aus der ganzen Welt vergleichen. Um Ihnen mal eine Vorstellung zu geben: Beim Studienkolleg haben wir 800, 900 Bewerbungen aus der ganzen Welt, wir machen Massentests im September, und die 120 Besten kommen zu uns. Gott sei Dank wissen wir, dass in der Regel ziemlich viele Ukrainer dabei sind, weil das Schulsystem offensichtlich einen guten Standard hat, und wir hoffen, dass es auch jetzt im September viele werden.

Das andere Thema, was sie dazu hatten, diese Multifachtests, hat Frau Haugg schon richtig erklärt. Diese deutschen Hochschulen stellen ihre IT-Systeme zur Verfügung, also im Grunde unsere Räume, wo die Leute dann von hier aus diese Tests machen können, um dann im ukrainischen System weiterzustudieren. Das ist auch das ganze digitale Thema, Sie haben es angesprochen. Unsere Erfahrung in unseren Intensivdeutschkursen ist, dass fast alle Ukrainer erst einmal an ihren heimischen Hochschulen weiterstudieren. In dem Gespräch mit der ukrainischen Vizerektorin vorletzte Woche Dienstag habe ich sie gefragt: Wissen Sie, wo Ihre Studierenden sind? – Sie sagte: Ich habe nicht die leiseste Ahnung, wo die sind. Wir wissen es indirekt ein bisschen. Die sitzen in Toronto, in Tschechien, in Deutschland. Wir haben aber auch Studierende, die aus Mariupol weiterstudieren. – Das heißt, die ukrainischen Unis haben ihr digitales Programm weitgehend aufrechterhalten, und wir kümmern uns insofern darum, dass die weiter ihre Qualifikationen erhalten, dass wir unsere Programme im Grunde um deren Programme herumstricken müssen. Wir müssen zum Teil auch Verschiebungen vornehmen, damit die Ukrainer an ihren digitalen Programmen in der Heimat teilnehmen können und dann anschließend bei uns Deutschprogramme machen.

Grundsätzlich gilt das, was Sie zum Thema Kooperation mit ukrainischen Universitäten gesagt haben. Was wir bisher haben: Wir hatten in diesem Jahr vier Partnerschaften, zwei in Kiew, eine in Lwiw, dem früheren Lemberg, in Odessa, wir haben in Czernowitz eine langjährige Partnerschaft. Mit den ukrainischen Partnern haben wir vor allem in der Krise den Austausch gesteigert. Wir haben die Austauschplätze erhöht. Wir haben die Studierenden, die mehr oder weniger zufällig in Deutschland waren, geflüchtet waren, wenn es irgendwie geht und wir deren Fächer hatten, die überhaupt ins Programm passen, als Austauschstudierende eingeschrieben. Ich glaube, das werden wir auch machen. Was wir grundsätzlich brauchen – das ist aber eine mittelfristige Aufgabe –, ist, wissenschaftliche Kooperationen stärker aufzubauen. Da sind wir dran, da versuchen wir gerade Mittel, die wir sonst in der Kooperation mit Russland eingesetzt hätten, zum Teil umzuwidmen, wenn das denn möglich ist, um junge ukrainische Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen für kurzfristige Aufenthalte hierherzu-

holen. Das ist im Moment alles ein bisschen schwierig, und in die andere Richtung geht es im Prinzip gar nicht, weil viele Universitätsgebäude zerstört sind und die Leute eigentlich vom Laptop aus und nicht von irgendwelchen Gebäuden kooperieren. Das ist ein wichtiges Thema, und wir werden uns dem mit der größten Intensität in den nächsten Monaten widmen.

Frau Haugg hat übrigens auch das Programm vom DAAD angesprochen, wie wir digital unterstützen können. Da gibt es auch einen oder zwei Ansätze aus meiner Universität. Das ist gar nicht so einfach, dass wir die unterstützen. Wir können eigentlich nur die Rahmenbedingungen zur Verfügung stellen. – Ich hoffe, dass ich damit weitgehend die Fragen, die ich auf meinem Zettel hatte, beantwortet habe. Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Brychcy: Vielen lieben Dank! – Zum Schluss haben wir noch den Senat.

Senatorin Ulrike Gote (SenWGPG): Danke! – Ich kann es kurz machen und nur noch das ansprechen, was noch offen ist. Kurz zu den Sprachvoraussetzungen – einmal zur Immatrikulation und grundsätzlich –: Es wurde angesprochen, dass es durchaus denkbar ist, das Angebot an englischsprachigen Studienangeboten zu steigern, und in Zuge dessen ist es wahrscheinlich umso sinnvoller, noch einmal über die Zulassung nachzudenken und den Spracherwerb Deutsch erst parallel zum Studium zu erwarten. Das sind, glaube ich, interessante Überlegungen. An anderer Stelle, gar nicht nur in Zusammenhang mit dem Krieg, wurde an mich herangetragen, zu prüfen, ob man in den Studienkollegs, also in den Vorbereitungskursen, auch englischsprachige Kurse anbieten könne. Das würden wir auch einmal prüfen. Das betrifft, wie gesagt, nicht nur ukrainische Studierende, sondern auch Studierende aus anderen Ländern, insbesondere Studierende, die dann eventuell an einer Privathochschule in einem englischsprachigen Angebot studieren. Auch so etwas müsste man sich anschauen.

Es gab die Frage, ob mehr Bedarf angemeldet wurde. Da haben Sie, Herr Grieshop schon ja gesagt, mal pauschal. Wir sind gerade dabei, das konkret abzufragen und zu kalkulieren. Es ist geplant, die Plätze in den Studienkollegs und in den Sprachkursen auszubauen. Die genaue Zahl und die genauen Kosten ermitteln wir zurzeit.

Ich habe in meiner Vorrede die Informations- und Koordinierungsstelle, die berlinweit geplant ist, etwas kurz angesprochen. Es klang auch in der ersten Experten- und Expertinnenrunde an, dass es einen großen Bedarf gibt, die Angebote zusammenzuführen und leichter auffindbar zu machen. Das sehen wir ganz genauso. Mit dem Studierendenwerk stehen wir in den letzten Abstimmungen zur Einrichtung einer hochschulübergreifenden Informations- und Koordinierungsstelle für Berlin. Diese soll Orientierung und Vorabberatung für Geflüchtete aus hochschulübergreifender Perspektive ermöglichen. Wir hoffen, dass wir damit im Wintersemester starten können.

Zu den Osteuropa-Studien und der wissenschaftlichen Beschäftigung mit Geschichte und Kultur der Ukraine: Ich denke auch mit der Perspektive auf das, was aktuell passiert, das in der Forschung einzuordnen, zu begleiten und für die Zukunft ein Fundament zu legen. Ich weiß, dass meine Kollegin Manja Schüle sehr aktiv ist, weil es in Brandenburg Ressourcen an den Hochschulen gibt. Wir haben schon in der gemeinsamen Wissenschaftskonferenz vereinbart, dass wir da in einem engen Schulterschluss gehen und uns mit Brandenburg in diesem Zusammenhang vernetzen wollen.

Dann gab es noch die Zahlen zu den Studierenden: Die habe ich aktuell nicht da, die müssten wir nachreichen. Ich möchte aber gleich dazu sagen, dass das nicht so einfach sein wird, weil bei der Immatrikulation nicht gefragt wird: Sind Sie geflüchtet oder nicht? –, sondern da wird die Staatsangehörigkeit abgefragt. Insofern haben wir die Gruppe der ukrainischen Studierenden nicht danach differenziert, warum oder wann sie gekommen sind, und können nur die Zahl insgesamt sagen. Man kann natürlich überlegen ob man eine freiwillige Abfrage macht, aber dann sind die Daten nicht belastbar. Das wird es in dieser Differenziertheit, wie Sie es eben gefragt haben, wahrscheinlich so nicht geben. Das, was wir haben, können wir aber gerne nachreichen.

Vorsitzende Franziska Brychey: Vielen Dank, Frau Senatorin! – Dann sind wir schon am Schluss unserer Anhörung. Ich möchte Ihnen im Namen des Ausschusses ganz herzlich danken! Zuvorderst Ihnen, Herr Poliluev-Schmidt, dass Sie uns die Situation aus Ihrer Sicht so eindrücklich geschildert haben, und ich möchte Ihnen auch versichern, dass wir an verschiedenen Stellen alles tun werden, um den geflüchteten Studierenden und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern ein Willkommen und ein Zuhause in Berlin zu bieten, aber auch Ihnen, Frau Staatssekretärin, vielen Dank für die Zeit, die Sie heute für uns hatten, Frau Mai-Hartung, Herr Dr. Grieshop, auch für das Studierendenwerk, für die Hochschulen vielen herzlichen Dank, dass Sie heute da waren! Es war eine sehr gute Anhörung, und wir werden insgesamt alles tun, was möglich ist, um den geflüchteten Studierenden und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern einen guten Start in Berlin zu ermöglichen. Danke schön! – Dann haben wir den Tagesordnungspunkt geschafft. Wollen wir den abschließen, oder gibt es da Widerspruch? – Das sehe ich nicht, dann würden wir den abschließen, weil wir unsere Unerledigten-Liste etwas entschlacken müssen. Wir können jederzeit neue Punkte aufrufen und das wieder anmelden, das ist unbenommen.

Punkt 5 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Umsetzung und Auswirkungen der Novelle des Berliner Hochschulgesetzes
(auf Antrag der Fraktion der CDU)

- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Neue Personalstrukturen: Stand der Konzepterarbeitung in den Universitäten
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

hierzu: Auswertung der Anhörung vom 04.04.2022

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.